A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

10 Pfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Mittwoch, 12. November 1924.

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 6980—88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.55 Gm. in Berlin durch Boten.

Tägliche Rundschau

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 48. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

12. 11. 1924 Nr. 535 10 Pfennig 63. Jahrgang.

Neue amerikanische Botschafter.

Senator Borah für Anerkennung Rußlands

st. **Paris**, 12. 11. (Eigenbericht.)

Man spricht von einem diplomatischen Personenwechsel in den amerikanischen Botschaften von Paris, London und Madrid. Die heutigen Amtschefs sollen zurücktreten und als Ersatz wurden genannt: Charles Warren, ehemaliger Botschafter in Japan, Frank Warren, Führer der Republikaner in der Kammer, und der als offiziöser amerikanischer Beobachter oft genannte Botschafter Child, bereit in Rom.

Asquith ist gestern abend in Paris angekommen. Heute abend 6 Uhr fährt er über Triest nach Aegypten. Bis jetzt gab er kein Interview.

London, 12. 11. Reuter meldet aus New York daß Senator Borah, der wahrscheinliche Nachfolger von Lodge als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats sein wird, in einer Ansprache vor einer Frauenversammlung in Harrisburg erklärte, die Wiederherstellung Europas sei nur möglich, wenn Amerika die russische Regierung anerkenne. Er glaube nicht, daß man zu einer Wiederaufbau Europas ohne Rußland kommen könne, ohne zuvor das russische Problem zu lösen. Senator Borah betonte wiederholt, Amerika würde nicht in den Völkerbund oder in irgendwelche andere politische Bündnis in Europa eintreten.

Washington, 12. 11. (W. T. B.) Präsident Coolidge hat Theodore Robinson-New York zum stellvertretenden Marinesekretär ernannt. Der Sekretär des Arbeitsamts Davis hat Präsident Coolidge mitgeteilt, daß er nach dem 4. März 1925 aus dem Kabinett auszuscheiden beabsichtige.

Vor dem Streikende in Oesterreich.

Wien, 12. 11. (W. T. B.) Die gestern abend beendeten Verhandlungen zwischen der Generaldirektion der Bundesbahnen und den Vertretern der drei Eisenbahnergewerkschaften führten zu einer grundsätzlichen Stellungnahme über einen Vorschlag der Generaldirektion. In diesem Vorschlag gibt die Generaldirektion der Bundesbahnen Dienst vor dem Ausbruch des Streiks gemachten Zugeständnisse für dieses Jahr nicht hinaus, erklärt sich jedoch bereit, für das kommende Jahr in der Frage der Besoldungsreform weitere Zugeständnisse zu machen. Die Vereinbarungen werden den für heute einberufenen Vertrauensmännerversammlungen vorgelegt und, wie es heißt, von den Vertretern der sozialdemokratischen und der christlich-sozialen Eisenbahnergewerkschaft zur Annahme empfohlen werden. Auch die Vertreter der deutschen Verkehrsgewerkschaft, deren Mitglieder in der Mehrheit der nationalsozialistischen Partei angehören, dürften wie aus ihren Kreisen verlautet, keine Schwierigkeiten machen, so daß mit der Beendigung des Eisenbahnerstreks für Mittwoch gerechnet wird. Der Verkehr dürfte jedoch kaum vor Donnerstag früh aufgenommen werden.

Die Militärkontrolle durch den Völkerbund.

Genf, 12. 11. (W. T. B.)

Die jüngste bestandene Militärkommission des Völkerbundes, die sich aus Sachverständigen für Heeres-, Flotten- und Luftschiffahrtsfragen der im Rat vertretenen Staaten zusammensetzt, trat heute unter dem Vorsitz des brasilianischen Admirals Souza Silva zusammen, die sich damitbefaßt mit der Organisation des Investigationsrechts des Völkerbundes in Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien zu beschäftigen haben, d. h. die Militärkommission, aus denen der Völkerbundsrat die militärische Sachverständigenkommission für die Völkerbundskontrolle zu ernennen hat. Außerdem ist es Aufgabe der ständigen Militärkommission in ihrer gegenwärtigen Tagung, sechs von ihren Mitgliedern in die vom Völkerbundsrat im September ernannte Verbindungskommission zu wählen, die gemeinsam mit den zuständigen Völkerbundsorganisationen die Arbeitsweise Arbeiten für die Abrüstungskonferenz und die Wirtschaftsk, Finanz- und Kontrollfragen des Genfer Protokolls einleiten soll.

Auf der am 17. November in Genf stattfindenden allgemeinen Opiumkonferenz wird Deutschland durch den Gesandten von Edardt, den Genfer Generalkonsul Dr. Aschmann und Geheimrat Prof. Dr. Anselmino vertreten sein.

Die Handelsverträge.

st. **Paris**, 12. 11. (Eigenbericht.)

Gestern abend konferierten der Ministerpräsident, der Handelsminister und der belgische Botschafter über den französisch-belgischen modus vivendi, der zwischen den beiden Staaten am 24. Oktober unterzeichnet wurde. Mit dem endgültigen Vertrag will man angeblich bis nach dem Abschluß der deutsch-französischen und deutsch-belgischen Verhandlungen warten, über deren bisherigen Verlauf man sich gestern unterrichtete.

Zürich, 12. 11. (T. U.) Der Präsident der Handelskammer Lübeck, Kaufmann Eschenburg, ist von der Reichsregierung aufgefordert worden, als Sachverständiger an den deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen teilzunehmen.

London, 12. 11. (W. T. B.) „Times" meldet aus Tokio: Nach einer amtlichen Meldung trifft Japan Vorbereitungen, um Verhandlungen mit Deutschland wegen des Abschlusses eines Handelsvertrages zu eröffnen. Der Vertrag soll auf der Grundlage der Meistbegünstigung beruhen, um den gleichen Zustand wiederherzustellen, wie er vor dem Kriege bestand.

Eisenbahnunglück bei Bruchsal.

In der Nacht zum 12. November entgleisten beim Bahnhof Bruchsal 7 Wagen eines Eilgüterzuges mit Personenbeförderung. Passagiere wurden nicht verletzt, doch erlitt ein Schaffner so starke Verletzungen, daß er noch in der gleichen Nacht im Bruchsaler Krankenhaus starb. Der nachfolgende Schnellzug mußte umgeleitet werden, indes ist die Verkehrsstörung bereits wieder behoben.

Zusammenkunft Baldwin-Herriot.

Um die Räumung der britischen Zone.

mrk. **London**, 12. 11. Eigenbericht.)

Die Ergänzungswahlen des Kabinetts, die jetzt 22 Ernennungen entsteht, bringt keine wesentliche Veränderung. Zudiff der neuernannten Minister zweiten Ranges gehörten bereits der letzten Regierung Baldwin an. Die übrigen Ernennungen waren mehr oder weniger vorauszusehen. Auch der Unterstaatssekretär Mac Neil hat dieses Posten bereits bekleidet. Dasselbe gilt von den Unterstaatssekretären im Innen-, Kolonial- und Indien-Ministerium. Die Ernennung des neuen Postministers Mitchell Thomson wird sehr beifällig aufgenommen. Man hofft, daß dieser bisher recht vernachlässigte Posten eine seiner Bedeutung entsprechende Besserung erfahren hat. Der Transportminister Ashley war schon als parlamentarischer Sekretär in diesem Ministerium tätig. Bemerkenswert noch, daß der neue Vorsteher des überseeischen Handelsdepartements, Samuel, mit englischen Handelskommern in engster Fühlung steht. Kommenden Freitag und Montag wird der neue Außensekretär Chamberlain die auswärtigen Botschafter bzw. Konsuln empfangen.

Die

Programmrede Baldwins

wird erst heute von der Presse kommentiert. Das Echo ist durchaus günstig. „Daily Telegraph" meint, es könne vielleicht in Deutschland verstimmt haben, daß noch immer ein Unterschied gemacht werde zwischen dem Verhältnis Englands zu den übrigen Mächten und zu Deutschland, wozu jedoch keinerlei Anlaß vorhanden sei. Wenn von allen Seiten nähere Mitteilungen über die

Räumung der britischen Zone

von Köln erwartet worden seien, so sei die Schweigsamkeit damit zu erklären, daß England erst abwarten wolle, in welcher Weise Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen nachkomme. Diese Erklärung ist natürlich nicht ernst zu nehmen, da jeder Sieger weiß, daß Deutschland militärisch erledigt ist. Bedeutsam scheint sich die Angelegenheit für Verhandlungen mit Herriot offen zu halten. Man bespricht in englischen offiziellen Kreisen die Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen Herriot und Baldwin. Eine solche Zusammenkunft würde aber erst nach Eröffnung des Parlaments erfolgen.

Eine solche Zusammenkunft Herriots mit Baldwin wird der interalliierten Konferenz, die sich gegen Ende des Jahres mit der Frage der Räumung der Kölner Zone durch die Engländer zu befassen hat, wird wohl ohne Zweifel auftreten können, daß ist sicher über den Kopf der Kölner Bevölkerung hinweg. Jedenfalls dürfte der neugrünnische Botschafter in London, der sich, wie verlautet, vorher seinen Pflichten entziehen haben. Im allgemeinen wird der Ausfassung der Hoffnung, der preußen Baldwin und Herriot über den englischen Botschafter in Paris, Lord Crewe, stattgefunden hat, als ein günstiges Vorzeichen für die weitere Entwicklung der französisch-englischen Beziehungen angesehen. Erhöht wird dieser günstige Eindruck dadurch, daß in London verlautet, die französischen Diplomaten bemühten sich ganz besonders, eine Einigung mit England in den Orientfragen herbeiführen. Als Beweis dafür werfen das Gerücht verbreitet, Frankreich wolle demnächst Franklin Bouillon als Botschafter nach Angora zu entsenden. Eine Bestätigung dieses Gerüchts liegt bis zur Stunde nicht vor.

Baldwin-Begeisterung in Paris.

st. **Paris**, 12. 11. (Eigenbericht.)

Die überaus freundlichen Worte, welche Baldwin für seinen französischen Kollegen gleich bei der ersten Gelegenheit gefunden hat, bilden die Sensation des Tages. Die Regierungsblätter, besonders „Paris Soir", „Quotidien" und „Ere Nouvelle" genießen einen großen Triumph. Die Rech-Presse ist der Lage gegenüber befangen. Der ständige Korrespondent des „Echo" vermutet eine Intervention des Pariser Botschafters Crewe, um den üblen Eindruck zuzumachen, den die angeblichen Bemerkungen Chamberlains über den Grafen von Saint Aulaire gemacht haben. Bekanntlich ist die Ersetzung des Grafen durch den neuen französischen Gesandten in Peking bereits bei dem gestrigen Diplomatenschaus vorgesehen.

Ein Regierungsblatt stellt sarkastisch fest, Millerand werde also nicht wie ein gewisser bonapartistischer Prinz (gemeint ist Prinz Napoleon) nach Paris zurückkehren, wieder eingesetzt werden. „Journal des Debats" findet für Baldwin die nahelegende Erklärung: Den Dawes-Plan habe eigentlich Baldwin mit Poincaré und den Experten erfunden, und vorher Herriot noch Mac Donald waren seine Väter oder Pateen.

Allgemein bejubelt wird Baldwins Festhalten an den Verträgen. Das sei ein großer Gegensatz zu den „verdrießlichen" Bemerkungen seines Vorgängers über Oberschlesien, wie „Journal" schreibt. Das Verhalten Baldwins zu Genf wird Herriot entgegen, und die heute in Genf im Hinblick auf die Abrüstungskonferenz zusammengetretene Kommission des Völkerbundes wird sich einigermaßen gedulden müssen.

Auf einem Gebiete hat Baldwin sein Wort gesprochen: auf dem Gebiete der Schuldenfrage. Man tröstet sich damit, diese Frage werde auf der interalliierten Konferenz zur Sprache kommen, die im Dezember in Paris geplant ist. Sief oll die Sis dahin von den Sachverständigen gleichzeitig Arbeit der Verteilung der Ruhr- und Dawes-Summen vorsehen, und sie wird weiter wegen Köln und der deutschen Entschädigung zu entscheiden haben. Vorher soll eine Zusammenkunft Baldwins und Herriots stattfinden. Bis dahin wird aber auch das gegenwärtig interessanteste Ereignis der Tagesgeschichte geklärt sein, das Rätsel der deutschen Wahlen vom 7. Dezember.

Schweres Unglück auf der Bahnstrecke Paris-Bordeaux.

Auf der Eisenbahnlinie Paris—Bordeaux hat sich Dienstag nachmittag ein schweres Unglück zugetragen. Ausflügler, die längs des Schienenstrangs Aufstellung genommen hatten, waren so sehr in den Anblick von Flugzeugvorführungen vertieft, daß sie nicht das Herannahen des Expreßzuges bemerkten. Vier Personen, darunter drei 14jährige Mädchen, wurden von Zug erfaßt und getötet, ein anderes 13jähriges Mädchen erlitt schwere Verletzungen.

Europarefse Ismet Paschas.

Die Bekämpfung der neuen Oppositionspartei.

mrk. **London**, 12. 11. (Eigenbericht.)

Ismet Paschas Gesundheitszustand veranlaßt ihn, einen längeren Aufenthalt in Europa zu nehmen. Sein Platzhalter dürfte Fethi Bey oder der Minister des Innern Refeck werden.

Die ersten Zeichen der Zersplitterung der türkischen Volksparteiz machen sich in der außerordentlichen Tagung von Montag bemerkbar. Wie wir bereits meldeten, beabsichtigt die Opposition, ihrer neuen Partei den Namen Republikanische Partei zu geben. Ihr ist unmittelbar die Volkspartei gekommen, indem sie beschloß, sich im Zukunft Republikanische Volkspartei zu nennen. Offensichtlich will die Regierungspartei der Opposition damit die erste Schwierigkeiten bereiten.

Hand in Hand mit der Namensänderung stellte die Volkspartei neue Bestimmungen über die Partei-Disziplin auf. In Zukunft sind Interpellationen ihrer Mitglieder nur nach vorheriger Verständigung mit ihrer Parteileitung erlaubt. Offentliche Ausführungen, die sich gegen die Parteiprinzipien oder Beschlüsse richten, sind den Mitgliedern verboten. Streitigkeiten unter den Mitgliedern werden durch ein Ehrengericht entschieden.

Paris, 12. 11. (W. T. B.) Die Eisenbahngesellschaft Damaskus-Hamar, deren Aktien zum größten Teil in französischem Besitz sind, hat beim deutsch-französischen gemischten Schiedsgericht eine Klage auf etwa 140 Millionen Franken Schadenersatz wegen angeblicher Zerstörung der von der Gesellschaft in Syrien während des Krieges betriebenen Linien eingebracht. Das Urteil ist gestern gefällt worden und weist die Eisenbahngesellschaft mit ihren Ansprüchen ab. Als Grund hierfür wird u. a. angeführt, daß die von der Klägerin angestellenen Nachnahmen nicht von der deutschen Regierung, sondern von der türkischen Regierung getroffen wurden. Der Versailler Vertrag enthält keine Bestimmungen, die Deutschland auf Grund dieser Tatsachen eine Schadenersatzverpflichtung auferlegen können.

MacDonald auf Reisen geschickt.

London, 12. 11. (T. U.)

Der Vollzugsrat der Arbeiterpartei beschloß, um die Spaltung in der Arbeiterpartei nicht zu begrößern, Mac Donald weiter als Führer zu behalten, doch gleichzeitig wurde beschlossen, daß der Gesamtvorstand bei der einzelnen Parlamentssitzungen lange Reisen notwendig mache. Daher wird man in etwa 14 Tagen Mac Donald auf eine Reise durch Südamerika schicken, die etwa drei Monate beanspruchen dürfte. Es heißt, man habe Mac Donald ernst das Vertretenmüssen abgenommen, seine Entschuldungen zu treffen, ohne die anderen Führer wie Snowden, Henderson, Clynes und Thomas zu Rate zu ziehen. Während der Abwesenheit Mac Donalds wird Snowden als stellvertretender Parteiführer amtieren.

Der Vollzugsrat beschloß ferner, die Anfügung schließung der Partei zu beantragen, verschiedene politische Pläne zu entwerfen, und war unter Beifall einstimmig der Frage, ob die Arbeiterpartei mit den Liberalen zusammengehen soll. Ferner wurde beschlossen, sofort sich sämtlicher kommunistischen Elemente zu entledigen. Die Gewerkschaftsgruppe wird jetzt eine ausgedehnte Propaganda einleiten, um den Industriekampf in andere Bahnen zu lenken.

Die durchgefallenen Liberalen.

London, 12. 11. (W. T. B.) „Daily News" meldet, daß in den Angelegenheiten der liberalen Partei eine unerwartete Wendung eingetreten ist. Gestern bleiben, unter Führung von Brunsli, die bei den Wahlen unterlegenen liberalen Kandidaten eine Versammlung ab, deren Zweck es war, Verfehrungen zu treffen, die es den unterlegenen Kandidaten ermöglichen sollen, in ihrer Gesamtheit die künftige Leitung der Partei zu beeinflussen. Auffällig an dem Vorgehen scheint zu sein Tatsache gewesen zu sein, daß die unterlegenen Kandidaten zu der Versammlung am Montag, in welcher Asquith sprach, nicht eingeladen waren.

Die Favoriten des Auslandes.

fr. **Mailand**, 12. 11. (Eigenbericht.)

Die „Tribuna" bringt einen Leitartikel, der in sentimentaler Weise das Schicksal des deutschen Volkes beklagt. Die Siegerstaaten hätten unrecht gehabt, das deutsche Volk so zu peinigen, denn dadurch hätten sie es in die Arme des Kaisers und des Militarismus zurückgetrieben, statt es zu den Segnungen des Friedens und der Demokratie zu führen, und sollte man endlich mit dieser Politik Schluß machen, es sei noch nicht zu spät.

Wir glauben und wissen, daß die „Tribuna" immer von Wohlwollen für Deutschland überzeugt ist. Ihre Verschiedenheit von Mussolini beweist das ja schon deutlich. Ihr selbstloser Eintritt für die deutsche Demokratie vor den Wahlen gehört natürlich in dasselbe Fach.

Der gestrigen Versammlung der parlamentarischen Mehrheit wohnten die Minister, die Unterstaatssekretäre und fast alle Abgeordneten der Mehrheit bei. Ferner waren die Kriegsversuchsmitteln vollzählig vertreten, während die Mitglieder der Kriegsteilnehmervereinigung gänzlich fehlten. Der Leiter des „Giornale d'Italia", Bertoni, erklärte den Zeugen des Faschistenführers Farinacci, welche ihm die Forderung zum Zweikampf überbrachten, daß er Farinacci wegen seiner ganzen Haltung nicht als Gentleman betrachten könne; denn Offizier zu sein und Sabel seien zwei unvereinbare Wahrheiten. Diese Erklärung gab er schriftlich den beiden Zeugen ab.

König Alis Marsch auf Mekka.

Kairo, 12. 11. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Port Sudan sind Truppen des Hedschas auf dem Vormarsch gegen Mekka und hoffen, den Wahhabiten die Stadt binnen kurzem wieder abzunehmen. König Alis Truppen haben bereits sämtliche strategischen Zugänge zu der Stadt besetzt.

Der albanische Grenzstreit.

Blutige Zusammenstöße mit Montenegro.

Belgrad, 12. 11. (W. T. B.)

Die „Pravda" meldet den Ausbruch von Kriegsunruhen zwischen Montenegro und Albanien. Die Ursache sei die Ermordung eines montenegrinischen Kreispräsidenten. Albanische Banden und mehrere tausend Montenegriner marschierten in Richtung Bielopolje Berana. Die Bevölkerung um den Sandschak seien abgebrochen. Beiderseits seien zahlreiche Tote zu verzeichnen. Aus Ipet seien Truppen abgegangen, um die Ruhe wiederherzustellen.

Die neuerliche Eisenbahnstrecke Bele—Gritz in Mazedonien ist in Gegenwart des Königspaares eröffnet worden.

Eine amtliche Erklärung besagt, von der Aufnahme von vier Kroaten in das zurückgetretene Kabinett Davidovitch und von dem Empfange des Ersten Vizepräsidenten des Parlaments, Dr. Maschek, durch den Königs habe Abstand genommen werden müssen, weil Raditsch offen seine Beziehungen zu den Bolschewisten zugestanden und Dr. Maschek dem früheren Ministerpräsidenten Davidovitch selbst erzählt habe, daß er, Maschek, meinend nach Wien gereist sei, nur um mit der dortigen bolschewistischen Gesandtschaft in Fühlung zu treten.

London, 12. 11. Reuter meldet aus Athen: In Nawalla kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und Kommunisten. Hierbei wurde ein Leutnant getötet, ein Offizier und 15 Soldaten verwundet.

Sofia, 12. 11. (W. T. B.) Mehrere Personen drangen in einer griechische Wirtschaft in Stanimaka ein und töteten drei Personen, darunter eine Frau. Darauf ergriffen sie die Flucht und entwaffneten unterwegs einen Gendarm, der ihnen begegnete. Es sind energische Maßnahmen zur Verhaftung der Verbrecher getroffen worden. Eine Schwadron Kavallerie ist zur ihrer Verfolgung abgesandt worden.

*

Trotzdem Albanien bereits seit 1920 Mitglied des Völkerbundes ist, sind seine Grenzen noch nicht festgestellt. Im Oktober 1921 trat der Völkerbund die Entscheidung hierüber an die Botschafterkonferenz ab, die sich mit der Einsetzung einer „gemischten Kommission" beschäftigte. Eine Folge dieser Verschleppung sind die dauernden montenegrinisch-albanischen Grenzfälle, die jetzt zu einem ernsten Konflikt geführt zu haben scheinen.

Neue Einberufungen in Spanien.

Paris, 12. 11. (W. T. B.) Havas meldet aus Madrid: Ein Kommuniqué der Regierung teilt mit, daß die Jahresklasse 1921 unter den Fahnen gehalten, die Jahresklasse 1924 einberufen wird, um die Operationen in Marokko fortsetzen zu können.

Madrid, 12. 11. (W. T. B.) Der stellvertretende Präsident des Direktoriums hatte eine lange Unterredung mit dem französischen Botschafter. Die Madrider Polizei nahm verschiedene Verhaftungen vor. Nach Marokko wird amtlich gemeldet, daß die Operationen durch Regenfälle und unausgesetzte feindliche Angriffe, die bedeutende Verluste zur Folge gehabt hätten, erschwert würden. In übrigen machten die Ausführungen des Planes des Oberkommandos Fortschritte.

Paris, 12. 11. (T. U.) Dem „Journal" wird aus Madrid gemeldet, daß gestern neue Verhaftungen in einem Linksfreien Lokal vorgenommen wurden. Insgesamt sind bisher 80 Personen festgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Radikale Alvarez, dem Beziehungen zu den anarchistischen Verschwörern nachgewiesen werden konnten.

Hafenarbeiterstreik in Holland.

Amsterdam, 12. 11. (W. T. B.) In einer Versammlung der Vertrauensleute der niederländischen Transportarbeiter-Föderation wurde ein 24stündiger Streik der Hafenarbeiter in Amsterdam und Umgebung beschlossen, der gestern früh einsetzte. Bei der Holland-Amerika-Linie liegt die Arbeit teilweise still. Es handelt sich um einen nicht organisierten Proteststreik wegen angeblicher Weigerung der Arbeitgeber, in Verhandlungen über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzutreten. Der Zentralvorstand der Transportarbeiter hat sich gegen den wilden Streik ausgesprochen.

Zur Hundertjahrfeier der Niederländischen Rettungsgesellschaft für Schiffbrüchige fand gestern im Ministerzaal im Haag ein Empfang statt, bei dem u. a. Ministerpräsident de Ruyter de Wildt und Minister von Swaay Ansprachen hielten.

Melbourne (Australien), 11. 11. Der Bergmannstreik ist eine größere Ausdehnung genommen. Die Reeder verweigern die Annahme von Lohnungen und stellen bereits ausgestellte Lohnungsformeln ihren Beamten wieder zurück. Der Aufruf von australischen Artikeln ist bereits ein fast völliger Stillstand eingetreten.

Kurze Nachrichten.

Wien, 12. 11. Der Bundespräsident hat dem Minister a. D. Franz Klein, dem Polizeipräsidenten Schober und dem Minister a. D. Weisskirchner das große goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Oesterreich verliehen.

Prag, 12. 11. Im Bundesausschuß sagte Prof. Dr. Schütz, nach der neuesten Statistik gebe es 340 000 Staatsangestellte, d. h. 30 Prozent mehr, als Oesterreich hatte. Es wären 140 000 Beamte zu viel. Der Staat könne sich einen Abbau nicht entziehen.

London, 12. 11. Die brasilische Station von Cullercoats (Northumberland) meldet, daß der amerikanische Dampfer „Governor", 4587 Tonnen, gestrandet ist und drahtlos um Hilfe gebeten hat.

London, 12. 11. Nach einer Neuvermeldung aus Mexiko hat der Minister des Heußern Conzy erklärt, er erkläre unpflichtet, daß durch Vermittlung Amerikas Schritte zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu England eingeleitet werden.

Washington, 12. 11. Die Frage der zukünftigen Verwendung des Luftschiffes „Z. R. III." hat eine neue Wendung genommen. Es ist angenommen, daß Aufschiff zum regelmäßigen Pendelverkehr zwischen New York und London zu verwenden.

Sachlieferungen an Griechenland.

Holzhäuser zur Unterbringung der Flüchtlinge.

Athen, 12. 11.

Der deutsche Gesandte in Athen, Herr v. Schoen, hat nach der Uebereinigung eines Begleitungsschreibens einem Mitarbeiter der dem griechischen Ministerpräsidenten Michalokopulos nahestehenden Zeitung „Eleftheros Typos" ein Interview gewährt. Deutschland sei einer der besten Käufer des wirtschaftlichen griechischen Exportartikels, des Tabaks. Durch das vor kurzem abgeschlossene deutsch-griechische Handelsabkommen sein die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern wieder auf eine feste Basis gestellt worden, und man könne hoffen, daß das Abkommen in gleichem Maße den Interessen beider Länder dienen werde.

Auch an der Lösung des in Griechenland so wichtigen und schwierigen Flüchtlingsproblems nehme Deutschland großen Anteil. Bekanntlich ermögliche es der Dawes-Plan, daß Griechenland von der deutschen Industrie sofortiges Holzhäuser für die Unterbringung der Flüchtlinge beziehe. Es sei gelungen, eine Regelung zu finden, die schon vor der allgemeinen Wiederaufnahme der Sachleistungen den Beginn der Lieferungen zugunsten der Flüchtlinge gestattet habe. Es sei um so erfreulicher, daß auf diese Weise auch Deutschland einen namhaften Beitrag zu dem bedeutsamen Hilfswerk leisten könne, als auch Griechenland der deutschen Not gegenüber seinerzeit nicht teilnahmslos gestanden sei, indem das griechische Rote Kreuz vor einem Jahr an der allgemeinen Hilfsaktion des Internationalen Roten Kreuzes in Genf sich beteiligt hat.

Zum Schluß hervorgehoben der deutsche Gesandte als seine vornehmste Aufgabe, zwischen Deutschland und Griechenland eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen und dadurch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu fördern.

Die Gehaltsverhandlungen.

Am Dienstag, dem 18. d. M., finden im Reichsfinanzministerium Besprechungen mit den Vertretern der Beamten und der Gewerkschaften über Gehalts- und Lohnfragen statt.

Wie aus Gewerkschaftskreisen mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen, die in den letzten Tagen in Berlin bei der Reichsbahngesellschaft über eine Erhöhung der Löhne der Bahnarbeiter und des Tarifvertrages geführt worden sind, am Dienstag zu einem Abschluß gekommen. Die Verhandlungen haben das Ergebnis, daß die Löhne im niedrigsten Lohngebiet (Osten) um etwa 125 % und im höchsten Lohngebiet (Westen) um etwa 6 % erhöht worden sind. Die Organisationen der Eisenbahnarbeiter haben diesem Ergebnis zugestimmt. Damit dürfte die Gefahr eines Eisenbahnarbeiterstreiks als beseitigt gelten.

Auch bei der Reichspost haben in Berlin weitere Besprechungen über die Erhöhung der Löhne stattgefunden. Die Reichspostverwaltung erklärte sich gleichfalls zu einer Erhöhung der Löhne bereit, behält sich aber ihre endgültige Stellungnahme vorläufig noch vor. Es ist damit zu rechnen, daß das bei der Reichsbahngesellschaft erzielte Ergebnis sowohl auf die Arbeiter bei der Reichspost als auch bei den übrigen Reichsverwaltung übertragen werden wird.

Im Laufe des Mittwoch sind die Organisationen der Reichsbeamten in Berlin zusammengetreten, um zu der kommenden Erhöhung der Beamtengehälter Stellung zu nehmen. In Kreisen der Beamtenorganisationen nimmt man an, daß die Erhöhung der Beamtengehälter entsprechend den Lohnerhöhungen bei der Reichsbahn nicht mehr als 10 % betragen wird.

Dr. v. Raumer in Frankfurt.

sw. **Frankfurt a. M.**, 12. 11. (Eigenbericht.) Aber die unsere Politik beherrschenden Wirtschaftsfragen sprach gestern Reichsminister a. D. Dr. Raumer in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei. Er behandelte vor allem die große Frage, die die Massen beherrschende: Sollen die Deutschnationalen in Zukunft in der Regierung mitarbeiten oder nicht? Er wies auf die Schwierigkeiten hin, in die sich diese Partei dadurch gebracht hätte, daß sie zuerst das Danegesetz und ein gewisses Verfassungsbeschlußnote und dann sich auf den Boden des Gutachtens stellte. Nachdem sie es aber getan habe, erforderten es schon die Grundsätze des Parlamentarismus, daß man sie nicht ausschließe. Auch die politische Vernunft erfordere dies, denn die uns bevorstehenden Aufgaben seien ohne die Deutschnationalen einfach nicht zu lösen. Hierzu gehöre vor allem der Wiederaufbau der Landwirtschaft, auch die Steuerreform und die Zoll- und Handelspolitik erfordern eine Zusammenarbeit zwischen Industrie und Landwirtschaft. Aehnlich wie Reichsminister Dr. Geßler wies der Redner darauf hin, daß man jetzt nicht desselben Fehler machen dürfe, an dem der alte Reichstag gegangen sei. Grundsätzlicher Ausschluß einer Partei von der Mitverantwortung. Dem Einwurf, daß die Deutschnationalen monarchistisch seien, wies der Redner nach, daß sie sich ja ausdrücklich auf dem Boden der Verfassung gestellt hätten und daß dies ein ungeheurer Gewinn für die Welt des Staates sei.

Die Verfassung sei nicht als unabänderlich zu betrachten, sie sei ein Versuch, der nicht in allen Teilen geglückt sei; z. B. sei es nicht gelungen, das Verhältnis zwischen Ländern und Reich richtig zu gestalten. Es sei eine wichtige Aufgabe, die Verfassung so fortzuentwickeln, wie es die Volkes erfordere. Der Frage der Staatsform sei für die Bedeutung des Volkseinheitlichen Willens nicht in erster Linie maßgebend, wie England und Italien bewesse.

Zur Aufwertungsfrage erklärte Herr v. Raumer, sie juristischen und logisch-juristischen Wege könne die Aufwertung kaum erfolgen, sondern wahrscheinlich nur auf sozialem.

ku. **München**, 12. 11. (Eigenbericht.) Der Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtags hat einen völkischen Antrag, den Juden die Zulassung zu genehmigungspflichtigen Handelsunternehmungen zu entziehen, abgelehnt.

Volksgeist und Sanierung.

Von unserm Berichterstatter.

kbg. **Wien**, 9. November.

Die Regierung Seipel-Frank hat durch ihre Demission dem Inland und Ausland ein Notsignal gegeben: die Sanierung Oesterreichs erscheint gefährdet! Diese Demission in spätester Nachtstunde, äußerlich unkundigen an Uhr Kraft getretenen Eisenbahnerstreik, steht als Tatsache hinter weiter zurückliegenden innerpolitischen Vorgängen und Menetekel vor noch kommenden. Die Regierung hat streng umschriebene Wirkungsmöglichkeiten, ist in allem Willen an das Sanierungsprogramm gebunden und in allem Können und Gelingen von ihren beschränkten Machtmitteln und mehr noch von ihrer Geschicklichkeit und den Volksgeist zu wirken und ihn für sich zu gewinnen, abhängig. Es geschieht sein dem Bestand des neuen Oesterreich zum erstenmal, daß ein Kanzler zum Prüfstein gegen einen Streik, dessen das neue Oesterreich schon so viele gesehen hat, sein Mandat zurücklegt und vor aller Welt bekennt, daß er damit gegen den Geist anzukämpfen suche, der sich in diesem Streik ausdrückt und der, wenn er nicht erstickt werden könnte, sein Sanierungswerk völlig entwurzeln müßte.

Die Lohnforderungen der Eisenbahner sind der Vorläufer einer Riesenwelle von Lohnforderungen, welche Staat und Wirtschaft in Oesterreich in einem Augenblick bedrohen, in dem die finanzielle Minderung das erstelle staatliche und wirtschaftliche Problem ist. Den Lohnverhandlungen mit den Eisenbahnern sollen schon demnächst Lohnverhandlungen mit den übrigen Bundesangestellten folgen, und auch die Privatwirtschaft soll trotz Krise und Geschäftslosigkeit allüberall Lohnforderungen vor sich. Dadurch erlangten nun der Geist, in dem die Verhandlungen mit den Eisenbahnern geführt werden und das Ausmaß der Bewilligungen besondere Bedeutung. Ueberdies aber kommt der Frage der Personalpolitik bei den Bundesbahnen, aus dem Grunde erhöhte Bedeutung zu, weil die Bundesbahnen gewissermaßen das Kernstück der ganzen Sanierung Oesterreichs bilden, die Bundesbahnen sind, um sie finanziell und organisatorisch nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen führen zu können, juristisch in die Form eines „selbständigen Wirtschaftskörpers" gebracht worden und müssen nun entweder eine defizitlose Wirtschaft erreichen oder aber, wenn dies nicht gelingen sollte, aus dem Staatsverbande abgetrennt und der Privatwirtschaft, vielleicht auch einem ausländischen Konzern, überlassen werden. Die Sanierungsarbeit bei den Bahnen, deren Leiter, Ministerrat Günther, sich auf eine jahrzehntelange erfolgreiche industrielle Tätigkeit berufen kann, ist ein gut Stück vorwärtsgebracht worden. Arbeiter und Angestellte haben ihre nachbetriebenen Interessen in der Förderung der Sanierungsarbeit gesehen. Ihre Lohnforderungen sind auch nicht prinzipieller Ähnlichkeit begegnet, weder bei der Bahnverwaltung noch bei der Oeffentlichkeit. Erst das Hervortreten des politischen Charakters des Lohnkampfes hat Widersinnigkeit und Widersinnigkeit ausgelöst und diese Widersinnigkeit um so berechtigter, als es zweifellos feststeht, daß nicht ein Existenzkampf, sondern ein Machtkampf vorliegt, der wegen seiner möglichen Folgewirkungen auf den Gesamtstaat schärfste Abwehr herausfordert. Als Wortführer der Eisenbahner treten drei Gewerkschaften auf: als stärkste die sozialdemokratische, als zweitstärkste die beiden Verkehrsgewerkschaft, an dritter Stelle sieht die christlich-zialer Gewerkschaft. Es schien die Möglichkeit gegeben, den Eisenbahnern Zugewährungen im Ausmaß von 47 Millionen, vielleicht auch etwas mehr zu machen, womit sie ungefähr 50 Prozent ihres Mehraufwandes infolge der Teuerung in den letzten Monaten zu bestreiten vermocht hätten. Die deutsche Verkehrsgewerkschaft ging aber mit ihren Forderungen so weit bereits für das Jahr 1925 gleichzeitigen zu fordern, die auch bei oberflächlicher Schätzung — und angesichts einer wenig ausschärfsichen Konjunktur der Bahnen — eine Belastung von fast 200 Millionen bedeuten und damit die Bahnen gleich in die ärgste Defizitwirtschaft geführt hätten. Die sozialdemokratische Gewerkschaft hat in Anerkennung des Epochemachenden der deutschen Gewerkschaft, die in der Hauptsache Beamte umfaßt, in den Forderungen den Vorrang gelassen, um nur überhaupt die Stimmung zu vorbereiten, sich auf die Forderungen der Beamten im letzten Augenblick zu eigen gemacht, weil man der Konkurrenz den Mitgliederzuwachs nicht allein überlassen wollte und weil es überhaupt ausgeschlossen ist, das politische Konzept der Gewerkschaft paßte, die Regierung, die im Parlament schwer unter der verschärften sozialdemokratischen

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Vorkriegsgenosse in der großbeutschen Volkspartei jene Erwägungen vertraut sind, welche die großdeutsche Volkspartei zu dem schweren Opfer der Genfer Politik gebracht haben. Die Sünden und Mängel dieser Genfer Politik liegen offen zutage; aber nicht minder offen die Tatsache, daß Oesterreich der Sanierungspolitik gesündete Währungsverhältnisse, die Wiederentwicklung des Staatsgebietes und den inneren Frieden verdankt. Die Zeit hat der größten Opfer für die Sanierungspolitik fast wohl vorbei; daß Oesterreich heute eine Krise, daß eine Bevölkerung schwere Existenzsorgen hat, ist eine Folge des Umbildungs- und Umschichtungsprozesses, der mit der Ablehr von der Inflation und der Wiederkehr der Sparwirtschaft sich ergeben mußte und unvermeidlich ist, wenn man durch die Kriegs- und Zwangswirtschaft und revolutionäre Begleiterscheinungen gegangene Wirtschaft in ihr normales Bett zurückstreibt und den Wiederaufschwung an die Weltwirtschaft sucht. Parteipolitische Verstimmungen und Mangel an wirtschaftlicher Schulung mögen bis zu einem gewissen Grade eine Entschuldigung bilden, maßgebenden Einfluß auf die Führung der Staatspolitik kann man den Exponenten dieser Gruppen aber nicht zugestehen.

Die österreichische Regierung hatte das richtige Gefühl, daß jede Milliarde mehr, die den Eisenbahnern gewährt werden würde, ihr in wenigen Wochen verwiesen wird von den übrigen Bundesangestellten abgezwungen werden würde; es wäre also nicht nur das Budget der Bahnen, sondern auch das gesamtstaatliche Budget ernstlich bedroht, die mühsame Arbeit fast zweier Jahre um ihren Effekt gebracht und die Aussicht auf Verdingung der Völkerbundkontrolle ad calenda graecus vertagt werden. Die Regierungskrise mußte also kommen: die österreichische Bevölkerung muß mit der Entscheidung, ob sie die Regierung Seipel-Frank aufs neue berufen oder von ihr abschwenken will, auch zugleich sich für oder gegen die Sanierungspolitik entscheiden. Ob sie kann dazu imstande sein, daß die Entscheidung zugunsten der Fortführung der Sanierungspolitik ausfallen wird; indem sich Oesterreichs aufs Neue dann bedroht, bringt es mehr oder minder nachdrücklichen „Erinnerungen" des Auslandes an die Genfer Verpflichtungen vor. Das Experiment einer Regierung, die vom Sanierungsprogramm abrückt, wird Oesterreich wohl erspart werden.

Schlimmer als die schließlich zu gewärtigen innerpolitischen Nachwirkungen dieses Streiks und seiner politischen Ziele, ist gewiß die Wirkung auf das Ausland. Man kann unbefangen Oesterreichs kaum ermessen, welch ungeheures Maß an moralischer Energie und Widerstandskraft noch heute hier aufgewendet werden, müssen, um die durch die „Politik der Erinnerungsschreiben" irregeführte Volksseele echteren Idealen zu gewinnen. Die Wehrheit der Bevölkerung will den ruhigen Aufbau, eine Politik der allgemeinen Wohlwollensherr und der festesten Gerechtigkeit. Aber die Träger dieser Gesinnung sind die Stillen im Lande. Das österreichische Bürgertum wird sich endlich aufraffen müssen, seine Ideale zu klarheben und sich wieder einen starken Staat zu schaffen, der auch die Machtmittel hat, um in kritischen Tagen das allzuhemmungslose Vordrängen vereinzelter Elemente einzudämmen und dem Willen der größeren Gesamtheit Geltung zu verschaffen.

Gegen die Zerstörung der Friedrichshafener Werft.

Karlsruhe, 12. 11. (Eigenbericht) Baltisch-Flüchter Dr. Pochhammer hielt im technischen Institut der Technischen Hochschule einen Lichtbildervortrag über die Luftschiff Z. R. III, mit welchem Ueberfahrt Deutschland einen unvergleichlichen moralischen Erfolg in der ganzen Welt eingetragen hat. Im Anschluß an den Vortrag sprach namens der Gruppe des Karlsruher Luftfahrtvereins Herr Noeth. Er wandte sich gegen das unsinnige Verlangen der Zerstörung der letzten Mutterwerft in Friedrichshafen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der darauf hingewiesen wird, daß die Zerstörung der letzten Werft und die Zerstörung produktiver Werte, die der ganzen Welt zugute kommen würden, bedeuten würde. Deutsche Arbeit im Dienste der Menschheit solle erspriesst werden. Deutsche müsse ein ganzes Volk aufrichten.

Mitteldeutsche Hilfspolizei.

Die sozialistischen Machtbefestigungspläne.

pp. Weimar, 12. 11. (Eigenbericht).

Der am Sonnabend ausgelegte Protest gegen den Eintritt von sozialistischen Innenminister Herrmann nahm heute programmäßig seine Fortsetzung. Vom Staatsbundbereiter liegt ein Schreiben vor, in dem er seine Auslegung mehrmals schriftlich äußert. Der frühere sächsische Innenminister Liebmann, jetzt Redakteur an der „Leipziger Volkszeitung", wird als erster Zeuge vernommen. Ministerpräsident Fellisch sei über die Waffenankäufe in Thüringen ganz genau unterrichtet gewesen. Da Heldt damals Finanzminister war, habe es sich hierbei um verborene Waffenankäufe gehandelt. Als er (Liebmann) im November 1923 Innenminister in Sachsen wurde, habe Sachsen vor einer schwierigen innenpolitischen Situation gestanden. Die Polizei habe viele Feindseligkeiten aufgewiesen, es seien über 1700 unbesetzte Stellen vorhanden gewesen, deshalb habe man eine Hilfspolizei aufstellen wollen, wozu in der Regierung ein besonderer, aber geheimgehaltener Plan ausgearbeitet worden sei. Liebmann habe einmal mit Hermann verhandelt und angefragt, ob Sachsen in Thüringen Waffen aufkaufen könnte. Hermann gab die Möglichkeit zu und übernahm es, Waffen für Sachsen aufzukaufen. Ueber die Bezahlung sei Einstimmigkeit erzielt worden. Der Transport nach Sachsen habe möglichst unauffällig geschehen sollen. Auf Anweisung der sächsischen Regierung seien die Waffen nach Chemnitz gebracht worden. Die Polizeipräsidium habe nichts davon erfahren, die die Sache ganz geheim abgehandelt wurde und die Polizei der sächsischen Regierung durchaus nicht zuverlässig erschien. Aus den Hunderttausenden habe man Leute, die zuverlässig erschienen, für die Hilfspolizei herausnehmen wollen. Der Reichswehr habe man aus Gründen keine Kenntnis von den Waffen gegeben.

Zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung entspann sich eine lebhafte Debatte, ob Liebmann hierüber ein Zeugnis ablegen darf oder ob er Offizier gewesen sein. Das Gericht beschloß, die Oeffentlichkeit auszuschließen.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit verzichtete Liebmann zu erklären, warum der jetzigen der sächsischen Staatspolizei von den Waffenaufkäufen in Thüringen nichts gewußt hat. Der Polizeipräsident sei nicht als republikanisch zuverlässig angesehen worden, weshalb man ihn nicht eingeweiht habe. Der Waffenmeister Cauff belastet den Polizeiobersten Müller-Brandenburg, indem er behauptete, Müller-Brandenburg habe von allen Waffenankäufen gewußt. Er habe ihn persönlich den Auftrag gegeben, nach Zella-Mehlis zu fahren und der Waffen zu holen. Auch den Auftrag, den geheimen Raum in der Waffenmeisterei zu machen, habe Müller-Brandenburg gegeben. Der Zeuge Müller-Brandenburg blieb vorläufig unvereidigt.

Sachsens und Thüringens sozialistische Regierung beteiligt die Mittel, zur Beseitigung ihrer Macht „zuverlässige Hilfspolizeien" aufstellen. Aber obwohl sie die Staatsmacht in Händen hatten, schien ihnen die Möglichkeit, sich für Deutschland jeder Gelegenheit zur Waffenherstellung herauszuhalten. Die sozialistischen Minister wollten für teures Geld den Rest von Handfeuerwaffen aus Bevölkerungskreisen herauszuholen versuchen, über den diese zu innenpolitischen rechtlichen Zwecken noch verfügen könnten. Der einzige Vorteil, den die Hermann-Liebmannschen Waffenstandaktion vielleicht hatte, liegt darin, daß auf diese Weise der Fanatismus der Verwaltungen ein gesöhntes Spielzeug entwunden wurde.

Sehr lehrreich ist der Weimarer Prozeß für die Regierungsmethoden auch der gemäßigten SPD. Wenn sogar Sozialdemokraten, die sich Sozialisten nach „zuverlässigen Hilfspolizeien"? Das demokratische Prinzip: „Freie Bahn dem Volkswillen", hätte doch genügen sollen, den sozialistischen Volksgesetzgebern die ewige Dauer ihrer Segensherrschaft zu garantieren!

Kulturelle „Verdienste"

Ein Beleidigungsprozeß in Baden.

m. Mannheim, 12. 11. (Eigenbericht)

Die schulpolitische Haltung der sozialdemokratischen Partei in Baden wurde in einem Beleidigungsprozeß erörtert, den der durch seine schulwissenschaftlichen Arbeiten bekannte Mannheimer Hauptlehrer Dr. H. E. Ernst Krieck gegen den Redakteur der sozialdemokratischen „Mannheimer Volksstimme", den bürgerlichen Reichstagsabgeordneten Oskar Geck (Sozialdemokrat) angestrengt hatte.

Der Prozeß geht auf den Konflikt zurück, der Mitte November 1923 zwischen dem badischen Unterrichtsministerium und dem Badischen Lehrerverein ausgebrochen war. Im Kriecks Artikel gegen Dr. Krieck, in denen dieser auf das schärfste angegriffen wurde, obwohl er bisher in der Regierung ein besonderer, aber geheimgehaltener Mann ausgearbeitet worden sei. Hermann habe einmal mit Hermann verhandelt und angefragt, ob Sachsen in Thüringen Waffen aufkaufen könnte. Hermann gab die Möglichkeit zu und übernahm es, Waffen für Sachsen aufzukaufen. Ueber die Bezahlung sei Einstimmigkeit erzielt worden. Der Transport nach Sachsen habe möglichst unauffällig geschehen sollen. Auf Anweisung der sächsischen Regierung seien die Waffen nach Chemnitz gebracht worden. Die Polizeipräsidium habe nichts davon erfahren, die die Sache ganz geheim abgehandelt wurde und die Polizei der sächsischen Regierung durchaus nicht zuverlässig erschien. Aus den Hunderttausenden habe man Leute, die zuverlässig erschienen, für die Hilfspolizei herausnehmen wollen. Der Reichswehr habe man aus Gründen keine Kenntnis von den Waffen gegeben.

Zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung entspann sich eine lebhafte Debatte, ob Liebmann hierüber ein Zeugnis ablegen darf oder ob er Offizier gewesen sein. Das Gericht beschloß, die Oeffentlichkeit auszuschließen.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit verzichtete Liebmann zu erklären, warum der jetzigen der sächsischen Staatspolizei von den Waffenaufkäufen in Thüringen nichts gewußt hat. Der Polizeipräsident sei nicht als republikanisch zuverlässig angesehen worden, weshalb man ihn nicht eingeweiht habe. Der Waffenmeister Cauff belastet den Polizeiobersten Müller-Brandenburg, indem er behauptete, Müller-Brandenburg habe von allen Waffenankäufen gewußt. Er habe ihn persönlich den Auftrag gegeben, nach Zella-Mehlis zu fahren und der Waffen zu holen. Auch den Auftrag, den geheimen Raum in der Waffenmeisterei zu machen, habe Müller-Brandenburg gegeben. Der Zeuge Müller-Brandenburg blieb vorläufig unvereidigt.

Man darf als sicher annehmen, daß in Frankreich und anderswo auch dem Prozeß Hermann jene liebenswürdige Aufmerksamkeit gewidmet wird, die jeder noch so unsichtbaren Blüte gilt, aus der man Honig für Lügen über das „schuldhafte und verbrecherische Verhalten" Deutschlands zuzugen könnte. Hermanns Waffenfeindschaft wird ein stimmt eines Tages einem tränenreichen Leserpublikum als Beweis für die „geheime Bewaffnung" Deutschlands aufgetischt werden. Es ist nötig, auf den wahren Sachverhalt hinzuweisen.

Sachsens und Thüringens sozialistische Regierung beteiligt die Mittel, zur Beseitigung ihrer Macht „zuverlässige Hilfspolizeien" aufstellen. Aber obwohl sie die Staatsmacht in Händen hatten, schien ihnen die Möglichkeit, sich für Deutschland jeder Gelegenheit zur Waffenherstellung herauszuhalten? Die sozialistischen Minister wollten für teures Geld den Rest von Handfeuerwaffen aus Bevölkerungskreisen

Die sozialen Lasten

Eine amtliche Darstellung.

„Gegenüber manchen übertreibenden Nachrichten über die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft durch Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge bringt die soeben erschienene Nummer 24 des Reichsarbeitsblattes (Verlag Reimar Hobbing) die wirklichen Ziffern, wie sie sich für das Jahr 1924 ergeben, und den ziffernmäßigen Vergleich mit der Vorkriegszeit.

Von der Sozialversicherung war behauptet worden, daß die Belastung ein Mehrfaches der Vorkriegszeit, nämlich 4½ Milliarden Reichsmark, erreiche. In Wirklichkeit ist die Last in reinen Versicherungszweigen trotz größter Versicherungsausdehnungen, so in der Invalidenversicherung von 150 Millionen in Jahre 1913 auf 100 Millionen Reichsmark im Jahre 1924, in der Angestelltenversicherung von 140 Millionen im Jahre 1913 auf 110 Millionen Reichsmark im Jahre 1924, in der Invalidenversicherung von 170 Millionen im Jahre 1917 auf und 110 Millionen Reichsmark im Jahre 1924. In der Invalidenversicherung ist infolge Ausnahme der Witwen und Waisen aus dem Kreis, Verwilligung der Invalidenrente an 65jährige Arbeiter usw. die Zahl der Rentenempfänger beträchtlich zugenommen, auch fehlt infolge der Inflation die Entlastung durch Zinsen für die von den Versicherungsanstalten ausgeliehenen Kapitalien. Gegenüber 290 Millionen im Jahre 1913 für 1924 mit einer Belastung auf 5 15% für 750 Millionen Reichsmark — gegenüber 507 Millionen im Jahre 1914 — gerechnet werden.

Entgegen dem Anstieg der Zahlen für Unfall, Angestellten, Invaliden- und Krankenversicherung für das Jahr 1924 auf 1250 Millionen Reichsmark gegenüber 1102 Millionen im Jahre 1914.

Auch dies ist Zeichen der Erwerbslosenfürsorge sind in der Oeffentlichkeit Irrtümer verbreitet. Sie betrugen insgesamt 2 % bei Beginn, gestiegen, welche die Höchstgrenze für die Beiträge bilden, wurden tatsächlich allgemein erreicht. Im Wirtschaftsjahr werden gezahlt im Durchschnitt von Arbeitgebern und Arbeitnehmern nur 1½ %, vom Grundlohn an Beiträgen geleistet. Die Beiträge sind belastenden nicht dort, wo die Gesamtgemeinschaften für die Dauer der Bundesarbeitslosenfürsorge bereits durchgeführt sind und betragen 4 % in Bayern nur 1 %, in Berlin und Hamburg sogar nur 0,5 %. Jetzt man den bisher unzulänglichen Monat des Bundesarbeitslosenfürsorge, so wird die Wirtschaft mit etwa 220 Millionen Reichsmark aus der Erwerbslosenfürsorge belastet sein, fast um 100 Millionen Reichsmark weniger als im September vorjahre, nur mit 180 bis 190 Millionen Reichsmark.

Für die „Kohnkäte" der einzelnen Arbeitnehmergruppen ergibt sich aus Sozialversicherung und Arbeitslosenfürsorge zusammen nicht, wie in der Oeffentlichkeit behauptet wurde, 30 bis 40 bis von 16 % des Lohnes und darüber, sondern eine solche zwischen 5,9 und 6,4 % zusätzlich 4,5 bis 5 % für den Arbeitgeber.

*

Eine bessere Ueberschrift über die so amtlicher Seite errechneten Ziffern wird sich erst dann finden lassen, wenn die Ergebnisse durch W. T. B. verbreiteten Auszugs aus dem Reichsarbeitsblatt dieses selbst vorliegen wird. Die Sozialversicherung, die neben einer sogenannten Sozialpolitik ohne Zweifel auch manche „unerwünschte Folgen" aufzuweisen hat und immerhin eine nicht unbedeutende Belastung der Wirtschaft darstellt, ist in der jetzigen Zeit, wo die ganze Wirtschaft in besonders schwerer Bedrängnis war, ein sehr umstrittenes Objekt geworden, wobei sicherlich oft jedes Ziel weit überschossen wurde und Zahlen in der Oeffentlichkeit verbreitet wurden, die wohl mehr beeinflussen als statistisch festellen wollen. Wie sieht wohl heutzutage dem Unternehmer Kreise, die heute ihre Sozialversicherung bis auf kleine Reste abzuschaffen, mit besonderer Sympathie gegenüber, da wir glauben, daß die gesamte Wirtschaft ein gewisse Interesse daran hat, daß die in ihrem Dienst verpflichteten Kräfte in ihrem Dienst verbleiben und vor der Not und des Alters zu sorgen. So werden so von diesen Arbeitgebern die sozialen Beiträge als eine Art von Abschreibungskosten für die Arbeit betrachtet.

Das schließt nicht aus, daß eine Reformbedürftigkeit unserer Sozialversicherung immer wieder betonen. Wenn auch die amtliche Darstellung hervorhebt, daß heute die Gesamtlast für die Sozialversicherung nur 188 Millionen Mark mehr als vor dem Krieg betragen, (wobei noch ungewiß ist, ob der Vergleich auch das verkleinerte Reichsgebiet und die veränderten Kaufkraftverhältnisse berücksichtigt), so darf doch nicht vergessen werden, daß wir heute und einschränken müssen, wo es nur angängig ist. Besonders an dem viel zu umfangreichen und unübersichtlichen Verwaltungsapparat der Sozialversicherung läßt sich noch viel sparen. Und manche Einrichtungen, die vor dem Kriege als Errungenschaften mit Recht begrüßt wurden, sind heute zum Luxus geworden, den wir uns nicht mehr leisten dürfen. In der amtlich verbreiteten Darstellung heißt bündig ein Kommentar auf die Knappschaftsversicherung, die doch vor allem ein Objekt schärfster Kritik geworden ist. Unseres Wissens bestehen für gerade die amtlich zusammengestellten Beschränkungen, wonach Lohnsätze mit etwa 16% des Lohnes belastet werden, auf die Verhältnisse im Bergbau: die Knappschaftsbeiträge beim Bauer betrugen zurzeit im Durchschnitt 12,3% des Bruttolohnes, also für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen 24,6%. Beim Uebertagearbeiter beträgt diese Höchstgrenze auf 5 15% für beide Teile. Daß Hier mit Recht von einer Belastung der Wirtschaft, die auch die Preise des Bergbaues stark beeinflussen muß, gesprochen werden kann, liegt sicher, daß man es ist gerade im Interesse der Aufrechterhaltung einer gesunden Sozialversicherung zu wünschen, daß mit unsäglichen Uebertreibungen bald aufgeräumt wird.

F.

Einigung im Breslauer Buchdruckgewerbe.

vor. Breslau, 12. 11. (Eigenbericht)

Der am Freitag, den 31. Oktober ausgebrochene Streik der Breslauer Buchdrucker ist beendet. Es wurde in den Schlußverhandlungen eine notlindige Einigung erzielt, so daß heute die Zeitungen in vollem Umfange wieder erscheinen. In der Provinz, wo auch oststreikt worden war, ist die Arbeit bereits am Montag, den 10. November aufgenommen worden.

Rechtsstreit des Herzogs von Sachsen-Meiningen gegen Thüringen.

Am 10. November 1924 fand in Leipzig das Oberschiedsgericht in der Sache des Herzogs Bernhard von Sachsen-Meiningen gegen den Freistaat Thüringen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit des Reichsgerichts statt. Am 30. Dezember 1918 hatte der Herzog mehl den Ansatzen auf seinen Anteil am Domänenbesitz verzichtet, ferner einen Immobilienbesitz, der bei Bergischen Dorfe gehörte, dem Staate Thüringen übertragen und die Verpflichtung zur Apanagezahlung an sämtliche Verwandten übernommen. Hierfür sollte ihm ein Pauschalsumme von 600 000 Mark ausgezahlt werden, die nach dem Dollarstande vom 30. Dezember 1918 einen Goldmarkwert von etwa 5 600 000 Goldmark hatten. Der Plötzen war bereits ausgezahlt, der Zweite nicht so schlimm, als es ist: zu angemessenen Bedingungen nicht beschaffen konnte, war aber für diesen Fall verpflichtet, 4½ % als Rente zu zahlen.

Das Schiedsgericht hatte in Jena am 11. Dezember 1923 dahin entschieden, daß der Fiskus an Rückständen 200 000 Goldmark und für die Zukunft 20 937 Goldmark zu Monat zu zahlen hätte und zwar so lange, bis das Kapital von 8 250 000 Goldmark zurückgezahlt war, was also auf eine Aufwertung von 73 % hinausläuft.

Gegen diese Entscheidung hatte sowohl der Freistaat Thüringen wie auch der Herzog Berufung eingelegt, in der am 10. November 1924 der Termin in Leipzig stattfand.

Die Oberschiedsinstanz hat dem Herzog außer den 200 000 Mark für die Vergangenheit weitere 300 000 Goldmark zugesprochen, ferner die monatlichen Rente seit November 1923 bis auf 41 250 Goldmark, der Fiskus ein Kapital von 8 250 000 Goldmark zurückzahlen wird und hat dem Herzog Fiskus ⅓ der Kosten, dem Herzog ⅔ auferlegt.

Ludendorff und Kronprinz Rupprecht.

Beiderseitige Klarstellungen.

ku. München, 12. 11. (Eigenbericht)

Die Bemühungen des Generals von und Kronprinzen Rupprecht zum General Ludendorff hat der General wiederholt an einer beabsichtigten Proklamation des Wittelsbacher Prinzen. Der Kronprinzen Rupprecht sprechen und den Versuch erwecken, als ob Kronprinz Rupprecht sich anmitteln und nach dem Hitlerputsch zum König hätte ausrufen lassen wollen. Nunmehr veröffentlichen die „M. N. N." den vom Ludendorff unterzeichneten Erlaß zu einer Kundgebung des Kronprinzen aus dem November 1923. Der Entwurf lautet:

Bayern! Am Tiefsten Unfreiheit der Republik, die im Anschluß an einen unglücklichen Putsch Adolf Hitler Macht über das deutsche Land erbracht und unter Verlust an Ehre und Ansehen Deutschlands verfiel hat, an eben dem Tage haben überfürsorgliche Parteigänger, deren patriotische Treue Bewunderung hervorrufen, wonach Bayern will, neues schweres Unheil geweitet. Auch gegen Bayern, Deutsche gegen Deutsche wird in einem Bruderkrieg, in welchem alle Deutschen fehlen dann zu zusammenschmelzen muß. Das hat es mit besonderen Schmerz erfüllt. Stehen nicht das gesamtdeutsche Ziel, das gleiche hohe heilige Ziel entrechen? Nur die Wege, auf denen sie ihre Ideale zu erreichen hoffen, sind verschieden. Darum die Waffen schweigen! Geduldig können die Reichen einst unglücklichen vierjährigen Krieges neuen eine Wunden Reichen, können die Trümmer einer fünfjährigen Revolutionsbewegung in einem Bruderkrieg, in einem einzigen zerzerrissenen Reich! Deutsche Bayern! Nicht noch über Ihre trennende Meinungsverschiedenheiten, über Vertrauen und Scheu, über Verwirrung und Verfluch des Hasses hinüber den reichen die Hand. Steht wie eherne in fester Mannschaft zusammen, die unser Volkstum und unsere Kraft nur in Ehren und Ehrfurcht bewahren, um das Deutsche Wiederbrett sein wird. Meinen Herzen, das durch eine fast tausendjährige Geschichte meines Hauses mit dem Bayernland und Bayern verbunden ist, stehen alle nahe, die guten deutschen Willens sind. Es ist der heitere Ernst der Stunde, der mich aus meiner Zurückhaltung herausswingt. Ich wende mich an den ganzen Sinn des Volkes, das ihaften deutschen Bayerns und das neu erstehende, friedliche, seiner Wärte und seinen Aufgaben bewußte Deutschland. Sie gehören unzertrennlich zusammen.

Rupprecht.

Der „Bäuerische Kurier" veröffentlicht zum Konflikt Ludendorff-Rupprecht einen Brief des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg mit dem von Ludendorff unterzeichneten Mitteilungsvorschlag. Der Mitteilungsvorschlag hat folgenden Wortlaut: „I. General v. Ludendorff hat dem Kronprinzen Rupprecht durch Generalfeldmarschall v. Hindenburg sein Bedauern ausbreiten wegen der Beleidigung, die General Ludendorff durch Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen Rupprecht durch die bekannten Aeußerungen der „Bayern" zugefügt hat. General Ludendorff ist bereit, jede Form und Bekanntgabe der Aeußerungen vorbehaltlos zurückzunehmen." Die in Ziffer 1 oben vorgesehene Erklärung Ludendorffs ist folgendes Wortlaut: „Die

A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 12 November 1924

November-Gobelin.

Naturkundige versichern, daß wir „lich einen Herbst" seit 25 Jahren nicht hatten. Auch dem Laien drängt sich diese Beobachtung auf. Er sieht im Walde Farben, die er nie zuvor sah. Er findet Farbenverbindungen, die in keinem anderen Jahre sich in dieser Eigentümlichkeit einstellen.

Der Höhepunkt des Farbenrausches ist bereits überschritten. Er endet in anderen Jahren mit einem zeitigen Nachtfrost, der den gangen bunten Behang von den Bäumen fegt, und damit ist der winterliche Charakter der Landschaft da, auch wenn noch später Sonnentage kommen und hie und da sogar noch ein paar Blumen aufblühen. Wir kennen den malgrünen, den hochsommerlich dunklen, den leuchtend gelben und bremend roten Oktoberwald — und danach den entlaubten.

Dieser November bringt gleichsam ein neues Bild: Die Welt ist zum Gobelin verblaßt. Mattestes Gold, duftiges Silber hingehauchtes Rot, ein Anflug von Rosa eine Dämmerung von Braun, ein Grün wie im Reich der Zeerose, ein nachzitterndes Violett, ein Grau, das ins Blaue spielt, Champagnergelb als heller Triumpf, das sind die Töne, in denen jetzt die Laubkronen, die Büsche gemalt sind.

Vertraute Gegenden werden uns seltsam fremd bedeutet. Das Dickicht eines Waldes wirkt wie aufgelockert, weil die Baumstämme die Fülle als Masse erhellt sind, in ihrer garten Sauberkeite und mit bald gelichtetem Wipfel sich deutlich voneinander abheben und man schon ganz von weitem, ohne auf Umriß und Gestalt zu achten, Eiche, Pappel, Buche, Weide, Birke, Ahorn, Platane unterscheidet. Die sieben in alle noch einkerrmäßen im Laubgang fahl wurden alleln die Linden und auch nur solche an windbestrichenen Stellen.

Das oktoberliche Brokatgewebe der Wälder, prächtig und erregend in seinem Feuer, besitzt nicht die Wirkst des sanften Gobelingemäldes, das der November mit behutsamen Händen sichelt und das bildhaft klare Linien bietet, während der Brokat ein sich wiederholendes Muster in sich verst wimmen läßt.

Und weil die Blätter in diesem außerordentlichen Herbst noch nicht in Massen fielen und den Reien verschütten, scheint sein warmes Grün frühlingshafte Heiterkeit in das bleiche Gobelinbild der Parks. Weil der Frost die geschützten Gärten verschonte, entfalten sich noch immer die Sterchrosen in septemberhafter Fülle und Wohlgestalt. Im Rosenhain des Tiergartens lächeln rosafeidig und purpurfamten die stolzen Blüten zu den fahlen Blumen empor, ein fast verwirrender Gegensatz. Kleine Vorgärten im Potsdamer Villenviertel strotzen in aufrauschendem Gelb kleinblütiger Bernhardinen und Sonnenhut-blume, an deren gebrauntem Sammetleer jetzt die Spinnen hängen. Christrosen, lilienweiß, die der Dezember zu beschenen hat, reich der milde Herbst sie in vollkommener Schöne, wie sie unter Schnee und Eis sich nie entwickeln kann. Die Walderdbeere blüht zum dritten Male.

Ein lustigte Standpunkt, das große festliche, leis melancholische und unendlich beglückende Gobelinbild dieses Tischerbtes aufzunehmer, ist bei Potsdam auf der Glienicker Brücke — ein Ausblick, den selbst der weitgereiste Alexander v. Humboldt mit Ausgezeichnung vermerkte. Die Parks von Glienicke und Babelsberg, der Neue Garten, die Höhe von Nikolskoe und in der Ferne Sakrow und Nedlitz bieten ihren Bunnerichthum dar in der schwelerischen Weichheit seiner Verfärbung, von der Wasserspiegel gewohnt wird aller Seiten den Abstand, der die geschlossene Bildwirkung erzielt.

Anna Kappstein.

Zulässige Besetzung des Autobus.

Seit Dienstag hängt in den Berliner Autoomnibussen eine Bekanntmachung über die zulässige Zahl der Sitzplätze, die von der Polizeispolizei nach Berichte ermittelt und genehmigt ist. Danach dürfen im Innern des Wagens 10 Fahrgäste, bei den Wagen mit zamtel Sitzplätzen 12 Fahrgäste „Platz" nehmen, während sich auf der Plattform 9 Fahrgäste tummeln dürfen. Selbst bei besehedenen Ansprüchen der glücklichen Sitzplatzinhaber wird es dem Schaffner nicht leicht sein, seinen „einnehmenden" Pflichten nachzukommen. Im Vergleich mit der bisherigen Besetzung dürfte kaum eine Besserung zu erwarten sein. Ueber die Stehplatzanzahl bei der Straßenbahn liegen immer noch keine Ergebnisse vor.

Weihnachtsmesse des Katholischen Frauenbundes.

Die Säle der Ressource, in der Oranienburger Straße, Weihnachtsgelle, mit Tannengrün geschmückt, Reige von Handtuchen, Bügeln, Hampelmänner, Bücher, Hausbaltsmaren, Buntfardige Strickarbeiten und Stickereien, lebe hüm und kurzet ausgeübt von den Heimarbeit des Katholischen Frauenbundes, die unter Leitung von Frau Wolfrat, Frau v. Brandt, Frau Bruger und Frl. Hellweg steht. Kitzbuden, Erfrischungsstände, Eine Tombola mit wertvollen Gewinnen. Im Festsaal kleine Kaffeetische, um die sich die Gäste scharen. An der Vorstandstisch Hedwig Dransfeld, M. d. R. die Vorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbundes; Frau Hebberger, M. d. L., Frau Reinemeber, Präsident Sieop u. a. Herr Ahlers leitet schwungvoll die Unterhaltungsmusik. Auf der Bühne werden von Mitgliedern des Katholischen Frauenbundes lebende Bilder „Großmuttters Geburtstag" gestellt. Sie sollen zeigen, wie die deutsche Frau sich zu jeder Zeit passend kleidet, und bringen reizvolle Bilder Frühstückstrauen, Kindermittagsbesuche in schönen Weimarerin, einen Fünfuhrtee und eine Abendgesellschaft. Die Kleider sind schicht und geschmackvoll und werden nach Entwürfen der Atelers Fischer, Hanstück und Müller-Spitzer hergestellt, die Hüte von der Firma Wolfsberg geliefert. Dann gibt ein Jungen Mädchen mit Blumenkörben in anmutigem Walzerschritt geleitet. Dann gibt ein Mädchen Wolfsertellen ein. Eine Jugendbande, unter Leitung von Frau Garte, vertraut dunten Tanz, sagt wahr, verbreitet überall Leben und Bewegung. Frau v. Radjanka-Meinhardt spendet mit künstlerischer Bravour und feinem musikalischen Empfinden Klavierstücke. Der Abend gehört der Jugend und dem Tanz.

E. F.

Das Opfer eines wilden Chauffeurs.

Ein Arzt getötet.

Das unverantwortliche Verhalten einer gewissen Sorte von Chauffeuren hat wieder zu einem tödlichen Unfall geführt, dessen Opfer der in Rauen wohnende Arzt Dr. Liebmann geworden ist.

Der Chauffeur Mußbroth, der im Dienst des Generalconsuls Rosenthal steht, unternahm mit einem neuen Wagen ohne Wissen seines Herrn eine Spazierfahrt, anscheinlich, um den Wagen auszuprobieren. Als Begleiter nahm er einen anderen Chauffeur mit, dessen Wagen in derselben Garage untergebracht war. Sie führen auf der Heerstraße nach Cottbus und machten dort Rast in einer Gastwirtschaft. Nachdem sie mehrere Gläser Bier getrunken hatten, fuhren sie weiter und nahmen ein Ehepaar aus Rauen mit, das ebenfalls in der Gastwirtschaft eingekehrt war. Auf der Chaussee nach Rauen kam einen Dr. Liebmann auf einem Rade entgegen. Mußbroth verstellte das sehr schnell fahrende Auto zu bremsen und dem Fahrrder auszuweichen, aber es gelang ihm nicht mehr. Der Arzt wurde von dem Auto erfaßt und so heftig auf das Pflaster geschleudert, daß er auf liegen blieb. Das Auto fuhr in den Straßengraben und wurde schwer beschädigt. Die Frau, die in dem Auto saß, erlitt erhebliche Verletzungen am Kopfe.

Der schuldige Chauffeur entfernte sich, ohne sich weiter um das Schicksal seiner Opfer und um sein Auto zu kümmern und ist bisher noch nicht wieder aufgefunden worden.

*

Bei Waldbüttelbrunn überfuhr sich, wie aus Aschaffenburg gemeldet wird, an einer scharfen Wegbiegung das Auto des Fabrikbesitzers Winkler aus Nürnberg. Während Winkler nur leichte Verletzungen davontrug, wurde seine Frau schwer verletzt und mußte der Würzburger Klinik zugeführt werden. Wenige Stunden später verunglückte an der gleichen Stelle und unter denselben Umständen ein Berliner Auto. Die Insassen zwei Personen kamen schwer verletzt. Beide Kraftwagen wurden völlig zertrümmert.

Der Heilsarmee-General in Berlin.

General Bramwell Booth, der Sohn und Nachfolger des Begründers der Heilsarmee, hat die Gewohnheit seines Vaters, der Reichshauptstadt am Busstag seinen Besuch abzustatten, wieder aufgenommen und wird am Busstag, dem 19. d. Mts., nachmittags, im Sportpalast einen Vortrag über „Wert und Wesen der Heilsarmee" halten, den sich abends eine öffentliche Versammlung anschließen wird. General Booth ist soeben erst aus Kanada zurückgekehrt.

Der Potsdamer Hypnosefall.

Die erinnerlich, war vor einigen Wochen das Verfahren gegen Dr. Achelis, der beschuldigt war, den Sohn des Kaufmanns aus der Hermannstraße Hypnose gebendet zu haben, auf Grund der Sachverständigengutachten eingestellt worden. Wie Amtsrichter Bernhard jetzt bei der erneuten Hypnotisierte jedoch nicht, sondern leste hiergegen Beschwerde bei dem Generalstaatsanwalt beim Kammergericht ein. Dem schien ist nicht nur dem Generalstaatsanwalt die Beschwerde zurückgewiesen worden, sondern neuerdings gegen Kurt Hammann, einen Bruder Alexander ein Verfahren von der Staatsanwaltschaft eröffnet worden. Beide Brüder, die bekanntlich Dr. Achelis unter anderem auch der Gerichtsbeschlüsse bisher haben sich nun vor dem Untersuchungsrichter wegen Betrugs und Untreue, begangen an den Eltern des Dr. Achelis, zu verantworten.

Gefälschte Dollarnoten.

Nach Mitteilung des amerikanischen Staatsdepartements ist kürzlich eine neue Fälschungsserie der 10-Dollar-Note der Federal Reserve Bank in Chicago, Illinois, in Umlauf gebracht worden. Das Falsifikat trägt die Unterschriften Houston B. Teeher, Registrar of the Treasury und V. 120 987, und an Stelle des Buchstaben „G" und der Zahl „7" in den vier Ecken der Note trägt der Buchstaben „T" und die Zahl „5" in der Ecke oben links und unten rechts. Alle Zahlen sowohl die Treasury-Nummer als die Bankbezeichnungen, sind mit der Hand mit blauer Tinte eingeschrieben. Die Rückseite der Note ist blau, anstatt grün. Der Gesamteindruck der Fälschung ist so ermiedig, daß diese leicht entdeckt werden.

Kettenhandel mit Falschgeld.

Wieder eine Fälscherwerkstatt ausgehoben.

Einen interessanten Einblick in einen Falschgeldverkehr gewährte die Aufdeckung einer Fälscherwerkstatt und ihrer Absatzwege.

Ende September d. J. tauchten an verschiedenen Stellen in Berlin und in der Provinz Nachahmungen der 10-Millionen-Scheine der Reichsbank auf. Den langwierigen Beobachtungen der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, den Fälschern und alle seine Helfershelfer zu ermitteln und hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Zunächst wurde die Verteichsgarantie entdeckt. Sie besand sich in einem Lokal in der Georgenkirchstraße. Stemmeisen, diese Werkzeuge erbrachten hier das Falschgeld von einem Bäcker Willy Mewes zum Vertriebe zugeteilt. Mewes wurde sofort gleich festgenommen, sondern sollte beobachtet, weil man auch die „Fabrik" ermitteln wollte. Er trat sich schon Morgen zu einer bestimmten Zeit pünktlich mit einem Kaufmann Wendel Federsohl, der seinen Wohnung Nachahmung von 50-Mark-Scheinen schon 2½ Jahre Jahre bereits verhält hatte. Die beiden unterhielten sich immer scheinbar harmlos. Den Beamten aber entging es nicht, daß Federsohl den Mewes etwas mit ein kleines Paket zusteckte. Jetzt wurde auch Federsohl beobachtet, und es ergab sich, daß er die Fälschungen von einem Bäcker Bigbon Juschkiewicz bezog. Aber auch dieser war noch nicht der „Fabrikant".

Dieser wurde bisherige nach weiteren Ermittlungen und Beobachtungen in Friedenau gefunden. Juschkiewicz war nur der Vermalter des „Unternehmens". In seinem Schlafzimmer in der Grenobierstraße erschien jeden Abend, wenn es schon dunkel war, ein Kaufer Alfred Kiesl mit einem kleinen Handkoffer, der er bei Juschkiewicz bezog. Aber auch dieser war noch nicht der „Fabrikant".

Dieser wurde bisherige nach weiteren Ermittlungen und Beobachtungen in Friedenau gefunden. Juschkiewicz war nur der Vermalter des „Unternehmens". In seinem Schlafzimmer in der Grenobierstraße erschien jeden Abend, wenn es schon dunkel war, ein Kaufer Alfred Kiesl mit einem kleinen Handkoffer, der er bei Juschkiewicz bezog. Aber auch dieser war noch nicht der „Fabrikant".

Bei den Beamten diesem Kiesl endlich fahten, behauptete er, daß er nicht wüßte, daß man ihn schon lange beobachtet hatte, er habe den Inhalt des Koffers, neue nachgemachte 10-Millionenscheine, erfunden. Die Beamten entdeckten aber bald seine „Fundstelle" in Friedenau. Es war die Wohnung eines Kaufmannes Adomeit. Hier war die Werkstatt. Der Wohnungsinhaber machte wohl schon „Mine" bekommen zu und dieses oder jenes beiseite geschafft haben. Man fand aber bei ihm außer 600 Stück der falsche Scheine noch Papier Material, das er auch der Herstellung überfuhrt worden und nicht mehr lenneren konnte. Der Fälscher hatte nicht nur 10-Millionenscheine, sondern früher schon 50-, 10- und 500-Millionenscheine und neuerdings auch dänische Kronennoten nachgemacht. Zur Herstellung von 50-Rentenmarkscheinen hatte er die Druckplatten bereits fertig.

Adomeit verkaufte die 10-Millionenscheine das Stück für 1,50 ℳ an Kiesel, dieser lieferte sie an das Engrosfänger von Juschkiewicz für 2 bis 3,50 ℳ an Mewes, der den Vertreibern für 4 bis 4,50 ℳ an Wendel, der den Vertreibern für 4 ohnehin bis 4 Mark. Juschkiewicz gab sie für 3 bis 3,50 ℳ an Federsohl weiter, dieser wieder für 4 bis 4,50 ℳ an Mewes

Volkswirtschaftlicher Teil.

Das Ausgleichsverfahren im Saargebiet.

Das auf Artikel 296 bzw. 72 der Versailler Friedensbestimmungen beruhende Ausgleichsverfahren, das einen ganzen Komplex von Vorkriegsschulden und -forderungen zwischen Angehörigen des Deutschen Reichs und Angehörigen der alliierten Staaten (bei Elsaß-Lothringen Vor-Waffenstillstandsverschiebungen) der privaten Rechtsgrundlage, konnte für das Saargebiet noch nicht in Gang gesetzt werden, weil die deutschen gesetzlichen Ausführungsbestimmungen noch nicht durch die Regierungskommission des Saargebietes in Kraft gesetzt waren. Ein zwischen der Reichsregierung und Regierungskommission des Saargebiets am 14. Juni 1924 abgeschlossener Vertrag gelangt nunmehr zur Durchführung durch Bekanntmachungen im Amtsblatt der Saarregierung Nr. 29 vom 14. Oktober.

Die Sonderregeln für Bewohner des Saargebiets gilt nur für solche natürliche Personen, die am 1. August 1924 im Saargebiet ansässig waren, oder solche juristische Personen und Handelsgesellschaften, die dort am bestehenden Datum ihren Sitz hatten. Das Saargebiet wird der Zweigstelle Köln der Reichsausgleichsstelle zugeteilt und für den Fall der Auflösung dieser Zweigstelle übernimmt die Hauptstelle Berlin die Angelegenheiten des und Entscheidungen des Reichsausgleichsamtes muss beim Reichsverwaltungsgericht in den Saarbrücker Saargebiets. Bei Beschwerden gegen Anordnungen betreffenden Entscheidungen ein sachkundiger Beisitzer aus dem Saargebiet mitwirken.

Der Hauptunterschied gegenüber dem für das übrige Deutschland geltenden Ausgleichsverfahren besteht in der Art und Höhe der Abrechnung mit den saarländischen Schuldnern und Gläubigern. Während in übrigen Deutschland diese Abrechnung Schuldnern und Gläubigern gegenüber gleichmässig zu 5 pro Mille des Friedensgoldwertes der betreffenden Schulden oder Forderungen erfolgt, wird im Saargebiet die Abrechnung mit den saarländischen Schuldnern und Gläubigern — das heisst im Clearing — grundsätzlich genau so erfolgen, wie im externen Clearing, d. h. wie die Abrechnung des Reichsausgleichsamtes mit den alliierten Ausgleichsämtern. Diese Abrechnung erfolgt nach Bestimmung des Friedensvertrages in der Weise, dass Schulden und Forderungen in der alliierten Währung effektiv abgerechnet werden und dass Schulden und Forderungen in einer anderen Währung nach der Vorkriegsparität in die betreffende alliierte Währung umgerechnet werden. Für die Bewertung von Schuldverschlüssen, bei denen Elsass-Lothringer beteiligt sind, tritt an Stelle der Vorkriegsparität des Frankens gegen die Mark der Durchschnittskurs an der Genfer Börse in der Zeit vom 1. Oktober bis 11. November 1918. (1 M. gleich 0,8154 Fr.) Demnach würden beispielsweise Markforderungen und -schulden zwischen einem Saarländer und einem Franzosen nach dem Kurs 1 M. gleich 0,8134 Fr. in die Frankenwährung umzurechnen sein. Ursprünglich in alliierter Währung ausgedrückte Forderungen und Schulden würden als Effektivforderungen bestehen bleiben. Eine besondere Bekanntmachung steht noch aus über die Art der Abrechnung, deren Regelung nach dem abgeschlossenen Vertrag Sache der Regierungskommission ist.

Unter das Ausgleichsverfahren fallen restlos alle in den betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrags aufgeführten Forderungen; etwa inwieweit erfolgte unmittelbare Regelungen von Ausgleichsschulden und -forderungen sind daher rechtlich unwirksam und stehen der Durchführung des Ausgleichsverfahrens in keiner Weise im Wege, auch nicht etwa eingangene rechtskräftige Urteile.

Die Anmeldung der Forderungen hat beim Reichsausgleichsamt Köln bis spätestens 30. November 1924 zu erfolgen. Ihre Unterlassung ist durch die eingeführten Bestimmungen des Reichsausgleichsgesetzes unter Strafe gestellt, und war zwar nicht nur, wenn die Unterlassung vorsätzlich, sondern auch wenn sie fahrlässig erfolgt.

F. Dippe Maschinenfabrik A.-G., Schladen. Die Verwaltung beantragt eine Kapitalerhöhung auf 600 000 G.-M. Stammaktien (Vorzugsaktien im Verhältnis von 50:1. Die einen Zusammenlegung im Verhältnis von 50:1. Die Vorzugsaktien sollen mit 24 000 G.-M. eingezogen und 300 000 G.-M. in den Reservefonds gelegt werden. Das Vermögen der Gesellschaft beziffert sich hiernach auf 924 000 G.-M. gegenüber einem Vorkriegskapital von 800 000 M. und 80 000 M. Reserven.

Draht- und Kratzstoffwerke A.-G., Mittweida. Der Generalversammlung wird die Ausschüttung einer Dividende von 2 G.-M. auf die Aktie über 1000 P.-M. und 6 G.-M. auf die Aktie von 3000 P.-M. vorgeschlagen. Das Aktienkapital soll in der Weise zusammengelegt werden, dass je 1000 P.-M. auf 80 G.-M. umgestellt werden.

Mechanische Weberei zu Linden. Die Generalversammlung der Gesellschaft findet am 5. Dezember statt. Die Tagesordnung ist aus dem Inseratenteil ersichtlich.

Anton u. Alfred Lehmann A.-G., Berlin-Niederschöneweide. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die per 1. 1. 24 vorgelegte Goldmarkeröffnungsbilanz und beschloss, das bisher 20fache Stimmrecht der Vorzugsaktien auf das 12fache herabzusetzen. Das bisher 24 Mill. P.-M. betragende Stammaktienkapital wird auf 24 Mill. G.-M. zusammengelegt und in 24 000 Stück zu je 100 G.-M. eingeteilt. Die 1 Mill. P.-M. Vorzugsaktien werden auf 5000 G.-M. zusammengelegt in 1000 Stück zu je 5 G.-M. Wie die Verwaltung mitteilte, ist die Gesellschaft gut beschäftigt gestellt und hat Aufträge bis in den Dezember hinein. Es ist zu hoffen, dass eine angemessene Dividende für das Jahr 1923 zur Ausschüttung gelangt. In der Goldbilanz erscheinen u. a.: Grundstück und Gebäude mit 1 445 000, Kassenbestände mit 625 000, Wertpapiere u. Beteiligungen mit 190 000, Warenbestände mit 867 829 G.-M. Demgegenüber steht die gesetzliche Rücklage mit 240 000 und Gläubiger mit 1 176 527 G.-M.

Norddeutsche Hütte A.-G., Bremen. Nach der Goldmarkeröffnungsbilanz per 1. Januar wird das Aktienkapital bekanntlich durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis 1:10 auf 600 000 G.-M. umgestellt werden. Es ist zu hoffen, dass eine angemessene Dividende für das Jahr 1923 zur Ausschüttung gelangt. In der Goldbilanz erscheinen u. a.: Grundstück und Gebäude mit 1 445 000, Kassenbestände mit 625 000, Wertpapiere u. Beteiligungen mit 190 000, Warenbestände mit 867 829 G.-M. Demgegenüber steht die gesetzliche Rücklage mit 240 000 und Gläubiger mit 1 176 527 G.-M.

Norddeutsche Hütte A.-G., Bremen. Nach der Goldmarkeröffnungsbilanz per 1. Januar wird das Aktienkapital bekanntlich durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis 1:10 auf 600 000 G.-M. umgestellt werden. Es ist zu hoffen, dass eine angemessene Dividende für das Jahr 1923 zur Ausschüttung gelangt. In der Goldbilanz erscheinen u. a.: Grundstück und Gebäude mit 1 445 000, Kassenbestände mit 625 000, Wertpapiere u. Beteiligungen mit 190 000, Warenbestände mit 867 829 G.-M. Demgegenüber steht die gesetzliche Rücklage mit 240 000 und Gläubiger mit 1 176 527 G.-M.

Freih. von Tuchersche Brauerei A.-G., Nürnberg. Der Aufsichtsrat wird der Generalversammlung vorschlagen, 10 R.-M. Dividende pro Aktie zur Verteilung zu bringen. Die Aufstellung der Goldmarkbilanz bleibt einer späteren Generalversammlung vorbehalten.

Danziger Privat-Actien-Bank. In der Sitzung des Verwaltungsrates der Bank wurde die Umstellungsbilanz per 1. Januar 1924 vorgelegt und beschlossen, dass je 5000 M. Aktien in vier neue Stücke zu 25 G.-M. umgestellt werden. Gleichzeitig wurde der Abschluss für das erste Halbjahr 1924 vorgelegt, der ein günstiges Ergebnis aufweist.

Kölnische Hagelversicherungsgesellschaft A.-G., Köln. Die Generalversammlung genehmigte den dividendenlosen Abschluss sowie die Umstellung des A. K. im Verhältnis von 7,5:1 auf 1,2 Mill. Mark. Weiter wurde die Erhöhung des A. K. um 600 000 Goldmark mit 20% % Einzahlung und Gewinnbeteiligung ab 1. Januar 1925 beschlossen. Die jungen Aktien werden der Colonia-Feuerversicherungsgesellschaft überlassen und dienen dem Ausbau und der Erweiterung der Organisation der Gesellschaft. Auch die Colonia habe in der jüngsten Zeit gleiche Schritte unternommen.

Compania Hispano-Americano de Electricidad in Madrid. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, bei der Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals von 159 auf 190 Mill. Peseta zu beantragen. Die neuen Aktien sollen bereits ab 1925 dividendenberechtigt sein und den alten Aktionären im Verhältnis einer neuen und drei alte Aktien zu pari ausgegeben werden.

Kapitalumstellungen.

Stahlwerke Richard Lindenberg A.-G., Baden-Baden, von 4 Mill. P.-M. auf 2 Mill. Goldmark unter Bildung eines Reservefonds von 800 000 M.

Baumwollspinnerei am Stadtbach A.-G., Augsburg, von 9 Mill. P.-M. auf 4 296 400 Goldmark.

Bautzener Tuchfabrik A.-G., Umstellung im Verhältnis 50:1.

Braunkohlenverein Zum Fortschritt in Meuselwitz, Umstellung i. V. 12:1.

Kabelwerke Duisburg A.-G. von 36 Mill. Papiermark auf 7,2 Mill. G.-M.

Berliner Börse.

12. 11.

Fest, Anleihen steigend.

Politische Parteipropaganda auf dem Anleihemarkt, Auslandskäufe an der Aktienmärkten gaben der Börse ein festes Gepräge. Die Gegner der Aufwertung ziehen sich mehr und mehr zurück, das Publikum ergreift durch Rückkäufe die alten Bullen Stellung, und die Spekulation nimmt die Gelegenheit zu neuen Operationen in heimischen Anleihen wahr. So gestaltet der Verkehr am Rentenmarkt wieder den lebhaften, etwas exaltierten Charakter, der im vorigen Monat herrschte. In Montan- und Industriepapieren spielen Vertrauensaufträge, welche das Ausland den hiesigen Bankverbindungen übermittelt, eine Rolle. Dieses setzt die Bankenkundschaft hier und in der Provinz die Effektenkäufe fort, die ihr durch Entgegenkommen der Vermittlungsfirmen erleichtert werden. Im allgemeinen bewegte sich das Geschäft in ruhigen Bahnen. Der Geldmarkt ist, wie bisher, leicht und flüssig.

Die Kursbefestigungen am Anleihemarkt waren noch ausehnlich. Kriegsanleihen wurden mit 940 bis 935 Milliarden gehandelt; erster Kurs 930. Lebhaft gingen 23er K-Schätze mit 880—890 Milliarden umsätzen, während der 24er K-Schatz (725/000) ohne Nachfrage bestand. Zwangsanleihe erhöhte sich auf 16%, Schutzgebietsanleihe auf 35%, 35% Goldanleihe gehen 2 Mill. Dollar, Reichsbahnvorzugsaktien auf 85%, Schutzgebietsanleihe auf 35%, 35% Goldanleihe gehandelt. Dementsprechend lagen auch Bundes- und Kommunalanleihen recht fest bei lebhaftem Geschäft. An den Aktienmärkten war der Verkehr im allgemeinen nicht ganz so rege wie gestern. Immerhin war auch hier die Tendenz weiter fest. Am Montanmarkt waren bevorzugt Essener Steinkohlen 56 (+ 1½), Kattowitzer 23 (+ ¼), Hohenlohe 21¾ (+ 1). Kalkwerte konnten sich nicht ganz behaupten. Am Markte der chemischen Papiere bestand Nachfrage für Goldwerte, Kunstseidenwerte waren kaum beachtet. Auch für Maschinen- und Metallfabriken bestand keinerlei Nachfrage; die Kurse waren kaum verändert. Banken- und Schiffahrtsaktien verkehrten auf festem Stand. Von Verkehrswerten lagen Kanada fest 58 (+ 1%); Berliner Hochbahn 63¾.

Weiterhin schwächten sich Anleihen ab, nachdem der Deckungshoeghr der Spekulation befriedigt schien. 5% Reichsanleihe 900 (nach 940), 23er K-Schätze 865 (nach 880).

Amtlich nicht notierte Werte:

Adler Kohle 8—8,25, A.-G. f. Petrol.-Ind. 2,25—2,87, Becker Kohle 4,25—4,87, Becker Stahl 0,85—0,85, Benz 4—4,12, Dusch. Evaporator 0,35—0,375, Deutsche Petroleum 16,5, Duxer Porzellan etwa 40, Feuerrsch. Port. 10,5 G., Getreide Comm. etwa 45, Glückauf 1,5—1,6, Grosskraftw. Frank. 4,5—4,75, Gumm Elbe 8—8,5, Internat. Petrol. Union etwa 30, Kabel Rheydt 4,5, Mannheimer Motoren 6,25 G., J. Roth 1,8—1,9, Schebera 1,55—2, Stöhr 0,7—0,75, Julius Stern 0,75